

Beteiligungsbericht 2013

Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Freital, 22. Oktober 2014

1. Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bewohner des Verbandsgebietes, der 12. Beteiligungsbericht des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe (TWZ) für das Haushaltsjahr 2013 liegt vor.

Mit diesem Beteiligungsbericht erhalten Sie einen Überblick zum Verband und seiner einzigen Beteiligung, der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH (WVWGmbH). Der Beteiligungsbericht ist deshalb auch in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil wird im Überblick der Verband und im zweiten Teil die mit der Wasserversorgung beauftragte Gesellschaft dargestellt.

Die WVWGmbH hat auch im Jahr 2013 großes Augenmerk auf die weitere Konsolidierung bzw. Verbesserung der technischen Infrastruktur und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse gelegt. Gegen den allgemeinen Trend der Verteuerung von Produkten und Dienstleistungen ist es dem Unternehmen einmal mehr gelungen, trotz des rückläufigen Wasserabsatzes die Höhe der Wasserentgelte seit nunmehr 19 Jahren auf dem Niveau von 1995 zu belassen.

Konsequente Investitionen in die Erneuerung der Wasserwerke, Rohrnetze, Pumpwerke und Hochbehälter senkten seit Anbeginn stetig den Aufwand für den laufenden Betrieb der Anlagen.

Die Umsetzung dieses strategischen Ansatzes über nunmehr fast 20 Jahre hinweg war eine wesentliche Voraussetzung für die notwendige und permanente Steigerung der Effizienz des Unternehmens. Dazu trug neben geringeren Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung auch der notwendige Abbau von Personal entscheidend bei.

Während 1990 im Unternehmen 139 Arbeitnehmer tätig waren, sind es 2013 72 Beschäftigte, zuzüglich zwei Auszubildende (Azubi). Sie sorgen dafür, dass heute und in Zukunft an jedem Tag und zu jeder Stunde Trinkwasser in ausreichender Menge und hervorragender Qualität für alle Haushalte, öffentliche Einrichtungen, Gewerbe- und Industriebetriebe zu fairen Preisen zur Verfügung steht.

Die mit Augenmaß betriebene weitere Fortentwicklung, Erneuerung und Anpassung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur unter verstärkter Berücksichtigung von Klimawandel und demographischer Entwicklung besitzen auch künftig hohe Priorität.

Sie bilden die Voraussetzungen für einen stabilen Betrieb der Anlagen, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit weit über unsere heutige Zeit und Generation hinaus.

Wirtschaftliche Stabilität und auskömmliche Wasserpreise sind auch in der Zukunft untrennbar mit angemessenen und stetigen Investitionen in die wasserwirtschaftliche Infrastruktur verbunden.

Es ist geplant, und alle vorsichtigen Prognosen und Annahmen sprechen aus heutiger Sicht dafür, dass die Anhebung bzw. Anpassung der Wasserpreise bei gleichzeitiger kontinuierlicher Abschmelzung der Rücklagen ein Jahr später als bisher geplant wurde 2017 erfolgen wird.

Freital, 22. Oktober 2014

gez. Klaus Mättig
Vorsitzender
Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Inhaltsverzeichnis		Seite
1.	Vorwort	2
2.	Verbandsspezifischer Teil	5
2.1	Rechtliche Verhältnisse	5
2.2	Mitglieder in der Verbandsversammlung im Berichtszeitraum 2013	6
2.3	Mitglieder des Verwaltungsrates	7
2.4	Unternehmensgegenstand/Unternehmenszweck	8
2.5	Wirtschaftliche Verhältnisse	8
2.5.1	Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2013	8
2.6	Finanzbeziehungen zwischen dem Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe und der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH	9
2.6.1	Ergebnisrechnung	10
2.6.2	Finanzrechnung	10
3.	Unternehmensspezifischer Teil	11
3.1	Rechtliche Verhältnisse	11
3.2	Unternehmensangaben zur Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH	11
3.3	Bilanz und Leistungskennzahlen	13
3.3.1	Beschreibung der Kennzahlen	13
3.3.2	Übersicht über die Kennzahlen und deren Bewertung	15
3.4	Lagebeurteilung der Gesellschaft	16
4.	Impressum	23
5.	Anhang	
	Auszug aus dem Jahresabschluss des TWZ 2013	
	Ansatz des Beteiligungswertes der Verbandsmitglieder	

2. Verbandsspezifischer Teil

2.1 Rechtliche Verhältnisse

Der Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe (TWZ) entstand im Ergebnis der Kommunalisierung der ehemals über den gesamten Regierungsbezirk Dresden wirkenden Wasser- und Abwasserbehandlung Dresden GmbH. Er hat seine wirtschaftliche Tätigkeit zum 01.01.1994 aufgenommen.

Die Verbandssatzung und ihre Genehmigung durch das Regierungspräsidium Dresden wurden im Sächsischen Amtsblatt Nr. 52/1993, S. 1280 vom 25. November 1993 öffentlich bekannt gemacht.

Der TWZ führte aufgrund von Zweifeln des Verwaltungsgerichtes Dresden hinsichtlich seiner rechtmäßigen Gründung im Jahr 2002 eine Sicherheitsneugründung durch.

Die Bekanntmachung des Landratsamtes Weißeritzkreis über die Genehmigung der Verbandssatzung/Änderungssatzung zur Verbandssatzung des TWZ wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 43/2002, S. 1109 vom 24. Oktober 2002 öffentlich bekannt gemacht.

Der Sitz des TWZ ist auf der Dresdner Straße 301 in 01705 Freital. Das Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr. Der TWZ beschäftigt kein Personal. Die Aufgaben des TWZ und hier insbesondere seine hoheitliche Tätigkeit werden durch seine Eigengesellschaft, die Firma Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, vorbereitet.

Die Verbandssatzung wurde in der 33. Verbandsversammlung am 11. Dezember 2008 geändert. Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge genehmigte die Satzungsänderung. Die 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 11/2009, S. 553 vom 12. März 2009 öffentlich bekannt gemacht. Sie sorgte für eine Klarstellung zur Stimmenverteilung der Verbandsmitglieder.

In der 36. Verbandsversammlung am 22. Juli 2010 wurde die Verbandssatzung erneut geändert. Die Prüfung der Jahresrechnung wurde im § 16 so geregelt bzw. erweitert, dass nunmehr ein kommunales Rechnungsprüfungsamt oder ein kommunaler Rechnungsprüfer, ein Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Verbandsversammlung zum Rechnungsprüfer bestellt werden kann.

Die 2. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 42/2010, S. 1518 vom 21. Oktober 2010 öffentlich bekannt gemacht.

2.2 Mitglieder in der Verbandsversammlung im Berichtszeitraum 2013

Durch die Zusammenlegung der ehemals selbständigen Gemeinden Höckendorf und Pretzschendorf zur Gemeinde Klingenberg hat sich die Anzahl der Verbandsmitglieder im Berichtszeitraum von ehemals 13 auf nunmehr 12 verringert. Die Stimmenverteilung wurde auf der Grundlage von § 125 SächsGemO (Stichtag 30.06. des Vorjahres) ermittelt und stellt sich wie folgt dar:

Stadt/Gemeinde	Einwohner	Veränderung	Stimmenanzahl	Veränderung
	2013	zu 2012	2013	zu 2012
Altenberg	8.497	-127	9	0
Bannewitz	10.645	-43	11	0
Dippoldiswalde	10.157	-79	11	0
Dorfhain	1.133	5	2	0
Freital	39.447	145	40	0
Glashütte	7.012	-110	8	0
Klingenberg	6.987	-95	7	-1
Kreischa für OT Sobrigau, Bärenklause-Kautzsch	801	18	1	0
Wilsdruff für OT Mohorn, Grund, Herzogswalde	2.059	-41	3	0
Rabenau	4.425	2	5	0
Schmiedeberg	4.445	-97	5	0
Tharandt	5.420	26	6	0

2013 (30.06.2012)	101.028	-396	108
2012 (30.06.2011)	101.424		<u>109</u>
Differenz	-396		-1
2012	<u>-0,39%</u>		
2013 / 2002	107.560		116
Differenz	-6.532		-8
	<u>-6,07 %</u>		
Rückgang p.a.	0,62 %		

Die Verbandsgemeinden haben gegenüber dem Berichtsjahr 2012 396 Einwohner verloren. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang in Höhe von 0,39%. Bezieht man sich jedoch auf 2002, beträgt der Bevölkerungsrückgang in Summe bereits 6.532 Einwohner bzw. 6,07% oder 0,62% per annum.

Dieser Trend wird sich entsprechend den Prognosen des Statistischen Landesamtes Sachsen zwar regional in unterschiedlicher Ausprägung, aber doch insgesamt weiter fortsetzen.

Die Ursache für die Verminderung der Gesamtstimmenzahl um eine Stimme ist dem Zusammenschluss der Gemeinden Höckendorf und Pretzschendorf zur Gemeinde Klingenberg geschuldet.

Der Bevölkerungsrückgang hat mittelfristig Auswirkungen auf den Trinkwasserabsatz. Er wird weiter moderat sinken. Bei konstanten Fixkosten, welche unabhängig von der Höhe der Trinkwasserentnahme anfallen und mehr als 85% der Gesamtkosten betragen, können die Mindereinnahmen aus dem Bevölkerungsrückgang bzw. der demographischen Entwicklung auf der einen und die durchschnittliche Teuerung durch Inflation auf der anderen Seite selbst bei voller Ausschöpfung des Rationalisierungspotentials im Unternehmen mittelfristig nur über die Anhebung der Wasserentgelte kompensiert werden.

2.3 Mitglieder des Verwaltungsrates

Verbandsvorsitzender

Herr Mättig
Oberbürgermeister der
GROSSEN KREISSTADT FREITAL

1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Herr Kerndt
Oberbürgermeister der
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

2. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Herr Dreßler
Bürgermeister der Stadt Glashütte

Herr Kirsten
Bürgermeister der Stadt Altenberg

Herr Rother
Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

Herr Fröse
Bürgermeister der Gemeinde Bannewitz

Herr Paul
Bürgermeister der Stadt Rabenau

2.4 Unternehmensgegenstand/Unternehmenszweck

Aufgabe des Verbandes ist die öffentliche Wasserversorgung in seinem Gebiet. Er ist Träger der öffentlichen Wasserversorgung gem. § 57 Abs. 1 SächsWG. Die Aufgabenträgerschaft erstreckt sich nicht auf Wasserversorgungen, die von Verbandsmitgliedern oder Dritten betrieben werden.

Der Verband bedient sich zur Durchführung der öffentlichen Wasserversorgung einer Eigengesellschaft mit dem Namen "Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH" (WVWGmbH), in deren Eigentum die im Verbandsgebiet vorhandenen Wasserversorgungsanlagen stehen und die im Verhältnis zu den Kunden im eigenen Namen und für eigene Rechnung tätig wird.

Näheres regelt der zwischen dem Verband und der Gesellschaft abgeschlossene Versorgungsvertrag. Der TWZ hält zu 100 % die Anteile an der WVWGmbH.

Der Verband kann für Mitgliedsgemeinden oder deren Verbände Dienstleistungen, einschließlich Betriebsführung, insbesondere auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung, durchführen. Der Verband wird sich hierzu seiner Gesellschaft bedienen. Einzelheiten sind vertraglich zu regeln.

2.5 Wirtschaftliche Verhältnisse

Der TWZ hat die Aufgabe der Wasserversorgung auf seine Eigengesellschaft übertragen. Seine Tätigkeit besteht in der Verwaltung seiner Beteiligung an der WVWGmbH, in der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben, insbesondere zur Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs, der Beantragung und Weiterleitung von Fördermitteln und der Übernahme von Bürgschaften zur Inanspruchnahme zinsverbilligter Kommunaldarlehen durch seine Eigengesellschaft. Der Verband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

2.5.1 Rechenschaftsbericht des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe für das Haushaltsjahr 2013

Im Haushaltsjahr 2013 haben zwei Verwaltungsratssitzungen, eine im Juni und eine im Oktober, stattgefunden. Der Verwaltungsrat war zu beiden Sitzungen beschlussfähig. Er bereitete die Beschlussvorlagen für die Verbandsversammlungen vor.

Die 42. Verbandsversammlung fand am 25. Juli 2013 und die 43. Verbandsversammlung am 12. Dezember 2013 im Wasserwerk Klingenberg statt. Die Zustimmung der Verbandsräte

- zur Feststellung des Jahresabschlusses der Eigengesellschaft Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH (WVWGmbH) und zur Entlastung des Aufsichtsrates für das Wirtschaftsjahr 2012,
- zum Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 452.552,88 € auf neue Rechnung,

- zur Feststellung der Jahresrechnung des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe (TWZ) für das Haushaltsjahr 2012
- zur Feststellung der Eröffnungsbilanz des TWZ zum 01. Januar 2013 im Rahmen der Einführung der kommunalen Doppik sowie
- zur Änderung der Ergänzenden Bedingungen der Gesellschaft zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV)

waren wesentliche Entscheidungen der 42. Verbandsversammlung. Sie waren zudem Inhalt und Gegenstand der Beschlüsse in der 26. Gesellschafterversammlung am 31. Juli 2013.

In der 43. Verbandsversammlung wurde die Haushaltssatzung des TWZ für das Haushaltsjahr 2014 beschlossen und der Verbandsvorsitzende ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung die Finanzierung des Verwaltungshaushaltes einschließlich Steuern in Höhe von 22.335 € durch Ausschüttung/Auskehrung aus der Kapitalrücklage der Gesellschaft sicherzustellen.

Die Aussprache und der Beschluss zur Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften für Investitionen der Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2014 sowie für die im Jahr 2014 anstehenden Umschuldungen von Darlehen waren ein weiterer Schwerpunkt der 43. Verbandsversammlung.

Für die Durchführung der örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2013 wurde einstimmig wiederum die auch mit der Prüfung des Jahresabschlusses der WVGmbH beauftragte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestellt.

2.6 Finanzbeziehungen zwischen dem Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe und der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH

Zu den Finanzbeziehungen gehören gem. § 99 Abs. 2 SächsGemO folgende Informationen:

- die Summe aller Gewinnabführungen der Unternehmen an den TWZ,
- die Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse, die vom TWZ an Unternehmen geflossen sind, an denen der TWZ beteiligt ist. Hierzu zählen z.B. Darlehen zu Vorzugsbedingungen oder Darlehen, die aus Bonitäts- oder Wirtschaftsgründen von einem privaten Kreditinstitut nicht gewährt worden wären,
- die Summe aller sonstigen Vergünstigungen, die der TWZ Unternehmen gewährt hat, an denen er beteiligt ist und
- die Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, die zugunsten von Unternehmen ausgereicht wurden, an denen der TWZ beteiligt ist.

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der WWVGmbH und dem Zweckverband:

Leistungen der WWVGmbH an den Zweckverband	2012	2013	Änderung
Gewinnabführungen	keine	keine	
Leistungen des Zweckverbandes an die WWVGmbH	2012	2013	Änderung
Laufende Umlagen	keine	keine	
Investive Umlagen	keine	keine	
Inanspruchnahme v. übernommenen Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen	56.852,9 T€	57.853,7 T€	1.000,8 T€ + 1,81 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	keine	keine	
Sonstige Vergünstigungen	keine	keine	
Sonstige Zuschüsse	keine	keine	

Bei den oben aufgeführten Zahlen handelt es sich um die tatsächliche Inanspruchnahme des TWZ aus der Bürgschaftsübernahme für seine Eigengesellschaft. Das Bürgschaftsvolumen des TWZ beläuft sich zum 31.12.2013 auf 79.702,1 T€. Die tatsächliche Inanspruchnahme des Bürgschaftsrahmens beträgt für 2013 72,6 %.

Gegenüber 2012 ergibt sich für die Verschuldung mit einem Plus von 1,81 % nur eine marginale Veränderung zum 31. Dezember 2013.

Der tatsächliche Darlehensbestand der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten ist aufgrund der Verbindlichkeiten aus Zins- und Tilgungsabgrenzungen um 128,0 T€ größer (siehe Lagebericht WWVGmbH).

2.6.1 Ergebnisrechnung

Die in der Ergebnisrechnung planmäßig veranschlagten Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand in Höhe von 22.335,00 € wurden mit 22.623,54 € bzw. 101,3 % in Anspruch genommen.

Diese Ausgaben sind durch eine Ausschüttung der Gesellschaft aus der Kapitalrücklage zu finanzieren. In dieser Bruttoausschüttung sind neben den sächlichen Aufwendungen in Höhe von 19.043,89 € Kapitalertragsteuer sowie Solidaritätszuschlag in Höhe von 3.579,65 € berücksichtigt.

2.6.2 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung weist ein geplantes Haushaltsvolumen in Höhe von 0,00 € auf, weil der Verband aufgrund des Auslaufens der Förderperiode für wasserwirtschaftliche Maßnahmen planmäßig keine Fördermittel erhalten hat.

Kreditemächtigungen für den TWZ wurden nicht ausgewiesen, da für die zinsverbilligten Kommunaldarlehen ausschließlich die Gesellschaft in Verbindung mit der Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften durch den Verband direkter Darlehensnehmer war.

Auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 06VB/2012 der 41. Verbandsversammlung vom 13. Dezember 2012 hat der TWZ im Jahr 2013 für das planungsseitig eingestellte zinsverbilligte Kommunaldarlehen in Höhe von 3.560,7 T€ gebürgt.

Die Genehmigung der Bürgschaft erfolgte durch die Kommunalaufsicht am 09. September 2013.

3. Unternehmensspezifischer Teil

Der unternehmensspezifische Teil erfasst die gleichen Beteiligungsberichtsunternehmen wie § 99 Absatz 2 SächsGemO, jedoch mit einer Ausnahme: Beteiligungen unterhalb von 5%. Zudem werden im unternehmensspezifischen Teil keine Eigenbetriebe dargestellt.

Im unternehmensspezifischen Teil des Beteiligungsberichtes des TWZ finden Sie drei Unterteile:

- den Bericht über die Unternehmensstruktur gem. § 99 Abs. 2 Nr. 1 SächsGemO
- den Bericht über die Kennzahlenentwicklung gem. § 99 Abs. 2 Nr. 2 SächsGemO
- den Lagebericht, einschließlich Geschäftsverlauf, gem. § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO

3.1 Rechtliche Verhältnisse

Der TWZ hat rückwirkend zum 01.01.1998 die WWVGmbH, eine Eigengesellschaft, an welcher der Verband zu 100 % beteiligt ist, gegründet. Die WWVGmbH ist im eigenen Namen, für eigene Rechnung und mit eigenem Personal tätig.

3.2 Unternehmensangaben zur Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH

Die Stammeinlage der Gesellschaft beträgt nach Änderung des Gesellschaftsvertrages im Oktober 2004 511.300 €. Der Nettowert des Vermögens auf der Grundlage der Schlussbilanz zum 31.12.1997 wurde mit 12.906.015,32 € festgesetzt.

Mit Bescheid des Landratsamtes Weißeritzkreis vom 17. Juli 1998 wurde die Gründung der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH rechtsaufsichtsbehördlich genehmigt. Die Gesellschaft wurde durch das Amtsgericht Dresden (Registergericht) am 11. November 1998 in das Handelsregister unter der Registriernummer HRB 16535 eingetragen.

Der TWZ ist alleiniger Gesellschafter der WWVGmbH. Es liegen keine Unterbeteiligungen vor. Der Sitz der Gesellschaft ist auf der Dresdner Straße 301 in 01705 Freital.

Geschäftsführer: Herr Frank Kukuczka

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Mättig

Oberbürgermeister der
GROSSEN KREISSTADT FREITAL

1. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden

Herr Kerndt

Oberbürgermeister der
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

2. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden

Herr Dreßler

Bürgermeister der Stadt Glashütte

Herr Kirsten

Bürgermeister der Stadt Altenberg

Herr Rother

Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

Herr Fröse

Bürgermeister der Gemeinde Bannewitz

Herr Paul

Bürgermeister der Stadt Rabenau

Herr Schreckenbach

Bürgermeister der Gemeinde Klingenberg

Anzahl der Mitarbeiter gesamt:

01.01.2013 70, davon 32 Angestellte, 38 Arbeiter

31.12.2013 71, davon 32 Angestellte, 39 Arbeiter, zuzügl. 1 Jungfacharbeiter

Den vorbenannten Zahlen sind 2 Azubi hinzuzurechnen. Die Jungfacharbeiter werden befristet für ein Jahr beschäftigt.

Abschlussprüfer: BDO Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Am Waldschlößchen 2
01099 Dresden

3.3 Bilanz und Leistungskennzahlen

3.3.1 Beschreibung der Kennzahlen

Im Kennziffernteil dieses Berichts werden folgende Kennziffern verwendet:

Die **Personalintensität** (PI) wird unter Zuhilfenahme der Größen Personalaufwand (PA) und Umsatz (U) wie folgt berechnet:

$$PI = PA/U * 100 \text{ in \%}.$$

Die **Arbeitsproduktivität** (PFA) bzw. die Produktivität des Faktors Arbeit wird unter Zuhilfenahme der Größen Umsatz (U) und Zahl der Beschäftigten (B) wie folgt errechnet:

$$PFA = U/B \text{ in T€/ Mitarbeiter.}$$

Beide vorbenannten Kennziffern zeigen deutlich die Bemühungen der Gesellschaft, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse stetig zu konsolidieren.

Die **Anlagenintensität** (AI) charakterisiert die Vermögensstruktur. Die Anlagenintensität wird unter Zuhilfenahme der Größen Anlagevermögen (AV) und Gesamtvermögen (GV) errechnet:

$$AI = AV/GV * 100 \text{ in \%}.$$

Die **Fremdkapitalquote** (FQ) kennzeichnet das Verhältnis von Fremdkapital zum Gesamtkapital. Die Fremdkapitalquote wird unter Zuhilfenahme der Größen Fremdkapital (FK) und Gesamtkapital (GK) wie folgt berechnet:

$$FQ = FK/GK * 100 \text{ in \%}.$$

Zum Fremdkapital zählen neben Darlehen auch Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (z.B. Darlehensübernahme Pretzschendorf) sowie Rückstellungen.

Aufgrund der Tatsache, dass es politischer Wille war, keine Beiträge zur Finanzierung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur zu erheben, mussten der Verband und später die Gesellschaft neben Fördermitteln auch erhebliche Darlehen zur Finanzierung der notwendigen Baumaßnahmen einsetzen.

Insofern ist es logisch und konsequent, dass aufgrund des desolaten Zustandes der Anlagen zu Beginn der 90-er Jahre die Fremdkapitalquote der Gesellschaft höher als bei besser ausgestatteten Aufgabenträgern ausfallen muss.

Die **Investitionsdeckung** (ID) wird unter Zuhilfenahme der Größen Abschreibungen auf das Sach- und Anlagevermögen (SAV) und Nettoinvestitionen (N) in das SAV des Geschäftsjahres wie folgt berechnet:

$$ID = SAV/N * 100.$$

Der Wert, den ID einnimmt, beschreibt, in welchem Maße die Neuinvestitionen aus Abschreibungsgegenwerten finanziert werden konnten.

Die **wirtschaftliche Eigenkapitalquote** (EQ) ist das Spiegelbild der Fremdkapitalquote. Sie wird unter Zuhilfenahme der Größen Eigenkapital (EK) und Gesamtkapital (GK) wie folgt errechnet:

$$EQ = EK/GK \times 100 \text{ in } \%$$

Die **Eigenkapitalreichweite** (EKR) ist für die Kapitalstrukturanalyse auch unter der Bezeichnung Eigenkapitalrentabilität bekannt. Die Eigenkapitalrentabilität wird unter Zuhilfenahme der Größen Jahresfehlbetrag (JF) bzw. Jahresüberschuss (JO) und Eigenkapital (EK) wie folgt berechnet:

$$\text{bei Jahresüberschuss: } EKR = JO / EK \times 100; \quad \text{bei Jahresfehlbetrag: } EKR = EK / JF$$

Wenn es zu einem Verlustausgleich durch die Gemeinde kommt, erfolgt eine zweifache Berechnung und Darstellung der Eigenkapitalrentabilität: einmal mit und einmal ohne Verlustausgleich durch die Gemeinde.

Die **kurzfristige Liquidität** (LQ₃) ist die sog. Liquidität 3. Grades. Sie wird unter Zuhilfenahme der Größen Umlaufvermögen (UV) und kurzfristiges Fremdkapital (kFK) wie folgt berechnet:

$$LQ_3 = UV/kFK \times 100 \text{ in } \%$$

Bei der Liquiditätsanalyse geht es zunächst einmal um die Einhaltung von Deckungsregeln. Damit ist die Frage der Fristenkongruenz gemeint. Langfristig im Unternehmen gebundenes Vermögen muss langfristig finanziert und kurzfristig gebundenes Vermögen kann kurzfristig finanziert werden.

So wichtig diese sog. goldene Bilanzregel auch ist, muss gleichwohl der Aussagewert der Liquiditätskennziffer hinterfragt werden. Sie wird im Beteiligungsbericht des TWZ verwendet, weil der Gesetzgeber der Gemeindeordnung die Verwendung dieser Kennziffer empfohlen hat.

Die **Gesamtkapitalrendite** (GKR) oder Gesamtkapitalrentabilität wird unter Zuhilfenahme der Größen Jahresüberschuss/ -fehlbetrag (J) + Zinsaufwand (Z) auf der einen Seite dividiert durch Gesamtkapital (GK) auf der anderen Seite wie folgt berechnet:

$$GKR = (J + Z) / GK \times 100 \text{ in } \%$$

Das Ergebnis beschreibt die Effizienz und Verzinsung des gesamten im Unternehmen eingesetzten Kapitals.

Die **Effektivverschuldung** (ES) weist die Schulden aus, die nicht durch kurzfristiges Vermögen abgedeckt sind. Zur Ermittlung dieser Kennziffer wird vom Fremdkapital (FK) das kurzfristige Vermögen (kV) abgezogen. Zum kurzfristigen Vermögen gehören die liquiden Mittel und die Forderungen:

$$ES = FK - kV \text{ in T€}$$

3.3.2 Übersicht über die Kennzahlen und deren Bewertung

	2010	2011	2012	2013
Personalintensität in %	<u>28,5</u>	<u>29,0</u>	<u>28,8</u>	<u>28,9</u>
Personalkosten (T€)	3.759	3.794	3.845	3.843
Umsatz (T€)	13.186	13.088	13.349	13.286
Arbeitsproduktivität (T€)	<u>178,2</u>	<u>176,9</u>	<u>188,0</u>	<u>184,5</u>
Umsatz (T€)	13.186	13.088	13.349	13.286
Anzahl Mitarbeiter, ohne Azubi	74	74	71	72
Zunahme/Abnahme Mitarbeiter in %	-1,33	0,00	-4,05	1,41
Zunahme/Abnahme Personalkosten in %	-2,01	0,92	1,35	-0,05
Anlagenintensität in %	<u>87,2</u>	<u>85,7</u>	<u>85,4</u>	<u>85,7</u>
Anlagevermögen (T€)	78.411	77.231	77.838	78.766
Bilanzsumme (T€)	89.874	90.154	91.112	91.950
Fremdkapitalquote in %	<u>71,7</u>	<u>69,0</u>	<u>69,1</u>	<u>68,9</u>
Fremdkapital (T€)	64.397	62.228	62.992	63.389
Gesamtkapital (T€)	89.874	90.154	91.112	91.950
Investitionsdeckung in %	<u>77,1</u>	<u>104,9</u>	<u>85,3</u>	<u>76,5</u>
Abschreibungen (T€)	3.489	3.601	3.639	3.584
Investitionen (T€)	4.526	3.433	4.266	4.684
wirtschaftl. Eigenkapitalquote in %	<u>28,3</u>	<u>31,0</u>	<u>30,9</u>	<u>31,1</u>
Eigenkapital (T€)	25.477	27.926	28.190	28.561
Gesamtkapital (T€)	89.874	90.154	91.112	91.950
Eigenkapitalreichweite in %	<u>-6,9</u>	<u>9,8</u>	<u>1,6</u>	<u>0,9</u>
Jahresüberschuss /- fehlbetrag (T€)	-1.765	2.726	453	265
Eigenkapital (T€)	25.477	27.926	28.190	28.561
kurzfristige Liquidität in %	<u>125,3</u>	<u>186,1</u>	<u>178,2</u>	<u>186,0</u>
kurzfristiges Umlaufvermögen (T€)	11.464	12.913	13.265	13.123
kurzfristige Verbindlichkeiten (T€)	9.150	6.940	7.443	7.056
Gesamtkapitalrendite in %	<u>0,6</u>	<u>5,1</u>	<u>2,5</u>	<u>2,2</u>
Jahresüberschuss/-fehlbetrag+ Zinsen	545	4.623	2.295	2.040
Gesamtkapital	89.874	90.154	91.112	91.950
Langfristiger FK-Anteil in %	<u>85,8</u>	<u>88,8</u>	<u>88,1</u>	<u>88,9</u>
langf. Fremdkapital	55.247	55.288	55.479	56.333
Fremdkapital	64.397	62.228	62.992	63.389
Effektivverschuldung in T€	<u>52.933</u>	<u>49.315</u>	<u>49.727</u>	<u>50.266</u>
Fremdkapital (T€) abzüglich des kurzfristigen Umlaufvermögens (T€)	64.397	62.228	62.992	63.389
	11.464	12.913	13.265	13.123

3.4 Lagebeurteilung der Gesellschaft

I. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr haben zwei Aufsichtsratssitzungen, eine am 18. Juni und eine am 24. Oktober 2013, stattgefunden.

Am 18. Juni 2013 wurden die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2012 besprochen. Der Aufsichtsrat empfahl der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss festzustellen, den Aufsichtsrat zu entlasten und das positive Ergebnis in Höhe von 452,6 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Geschäftsführer gab Auskunft über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und den Stand zur Erhebung des Bereitstellungsentgeltes. Weiterhin wurde über die Konsequenzen aus der Sanierung der Talsperre Klingenberg für die Wasseraufbereitung und Wasserverteilung informiert.

Die beabsichtigte Änderung der Ergänzenden Bedingungen der Gesellschaft zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) bezüglich einer Mindestabnahme zur Vermeidung von Stagnation und damit nachteiligen Beeinflussungen der Wasserqualität wurde beraten und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Im Oktober 2013 hat der Aufsichtsrat in seiner 38. Sitzung den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 beraten und im Ergebnis diesen einstimmig gebilligt. Die Geschäftsführung informierte den Aufsichtsrat erneut über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft. Darüber hinaus wurden die Konsequenzen aus dem möglichen Ansatz kalkulatorischer Zinsen auf die Entwicklung der Wasserpreise und die damit verbundene langfristige Verminderung der Restverschuldung der Gesellschaft aufgezeigt.

Am 31. Juli 2013 ist die 26. Gesellschafterversammlung durchgeführt worden. In der Gesellschafterversammlung wurden im Wesentlichen der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2012 festgestellt, der Aufsichtsrat entlastet und beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von 452,6 T€ auf neue Rechnung vorzutragen. Zudem wurde eine Änderung der Ergänzenden Bedingungen zur Verordnung über allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) bezüglich erforderlicher Mindestabnahmemengen zur Sicherung der hygienischen Trinkwasserbeschaffenheit beschlossen.

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013 wurde im August/September 2012 von der Geschäftsführung aufgestellt. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes wurden die Planzahlen aus den Vorjahren ergänzt und fortgeschrieben. Dort, wo es nötig war, wurden Anpassungen und Präzisierungen vorgenommen.

Die Wasserbruttoförderung inklusive des Wasserbezuges von Dritten fiel mit insgesamt 5.211,5 Tm³/a um 37,3 Tm³/a bzw. 0,72% höher als im Vorjahr aus.

Der Eigenverbrauch zum Betrieb der beiden Wasserwerke in Altenberg und Klingenberg sowie zur notwendigen Spülung des Rohrnetzes, einschließlich Reinigung der Hochbehälter, kann mit 533,4 Tm³ bzw. 10,2% der Jahreswasserbruttoförderung angegeben werden. Der Eigenverbrauch ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

Die Rohrnetzverluste, einschließlich Fremdwasserentnahmen (z.B. Feuerwehr), haben sich von 248,6 Tm³ (i.Vj.) um 12,5 Tm³ bzw. 5,0% auf 261,1 Tm³ leicht erhöht.

Aufgrund der Tatsache, dass die Gesellschaft aus wirtschaftlichen Gründen die Wasserverbräuche im rollierenden Verfahren innerhalb einer qualifizierten bzw. maschinellen Schätzung (Hochrechnung der Vorjahresverbräuche) abrechnet und deshalb keine Stichtagsablesung zum Jahresende vornimmt, sind die ermittelten Rohrnetzverluste insoweit nur vorläufig.

Insgesamt waren die Rohrnetzverluste in den letzten beiden Jahrzehnten aufgrund der permanenten Anstrengungen der Gesellschaft in die planmäßige Erneuerung des Leitungsbestandes stetig rückläufig und haben sich nunmehr auf niedrigem Niveau stabilisiert.

Auf der Grundlage des Arbeitsblattes W 392 der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) betragen die spezifischen Wasserverluste bezogen auf das gesamte Leitungsnetz (956 km), ohne Berücksichtigung von Hausanschlussleitungen $0,031 \text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{km})$.

Bei überwiegend ländlich geprägten Versorgungsstrukturen werden spezifische Wasserverluste im Bereich bis $0,05 \text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{km})$ der Kategorie „geringe Wasserverluste“ zugeordnet.

Obwohl der für 2013 ermittelte Durchschnittswert dem vorgegebenen Bereich zuzuordnen ist, ergibt sich gleichwohl aufgrund der ungünstigen Verteilung des Rohrnetzalters über den gesamten Leitungsbestand hinweg ein sehr viel differenzierteres Bild. Versorgungsgebiete mit sehr hohen spezifischen Wasserverlusten stehen solchen mit sehr geringen gegenüber.

Die Gesellschaft hält auch künftig bei Unterstellung einer 100-jährigen Nutzungsdauer daran fest, mindestens 1% des Leitungsbestandes, inklusive Hausanschlüsse, pro Jahr zu erneuern. Allein hierfür sind bei Annahme von durchschnittlich 200 € pro Meter jedes Jahr 2.396 T€ aufzubringen.

Aufgrund kontinuierlicher Investitionen der letzten beiden Jahrzehnte in den Netzausbau mussten 2013 27 Rohrbrüche weniger als 2012 repariert werden.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 162 Rohrbrüche (i.Vj. 189; 1990: ca. 1.400) beseitigt, 31 Hausanschlüsse (i.Vj. 51) vom Versorgungsnetz getrennt, 10 defekte Armaturen (i.Vj. 11) ausgetauscht, 214 Neuanschlüsse (i.Vj. 185) hergestellt und 187 Hausanschlüsse (i.Vj. 144) ausgewechselt.

Auf Versorgungsleitungen (956 km) bezogen, ergeben sich 0,1 Rohrbrüche auf 1 km Rohrnetz und 3,5 Rohrbrüche pro 1.000 Hausanschlüsse (23.813 Stk.). Beide Kennzahlen werden u.a. zur Beurteilung des Zustandes eines Rohrleitungsnetzes herangezogen.

Im Arbeitsblatt des DVGW W 400-3 als allgemein anerkannte Regel Technik werden Rohrnetze mit vorbenannten Kennzahlen in die Kategorie „niedrige Schadensrate“ eingeordnet. Diese Einschätzung korrespondiert mit der Kennziffer „geringe Wasserverluste“. Ergänzend muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es sich hier um Durchschnittswerte handelt, die je nach dem Erhaltungsgrad der Rohrnetzbereiche starken Schwankungen unterliegen.

Insgesamt belief sich die Zahl der Einzelbaumaßnahmen unter Berücksichtigung der Kategorie „sonstige Baumaßnahmen“ (201 Stk.) auf 805 (i.Vj. 792). 73,8 % der vorbe-

nannten Baumaßnahmen wurden durch eigenes Personal realisiert. Detaillierte Auswertungen aus den Vorjahren haben gezeigt, dass neben der permanenten und schnellen Verfügbarkeit eigenen Personals dieses auch imstande war, die Bauleistungen gleich oder günstiger, als es die Vergabe an Dritte ergeben hätte, zu realisieren.

Fremdfirmen haben im Zuge des Austausches alter und verschlissener Versorgungsleitungen 94 (i.Vj. 49) Hausanschlüsse erneuert.

Der in den letzten Jahren festgestellte Trend des Rückganges von Tiefbaumaßnahmen setzte sich 2013 nicht fort. Die weitere Entwicklung wird zu beobachten sein. Kurzfristige Änderungen am Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdleistungen sind nicht geplant.

Von den 162 Rohrbrüchen ereigneten sich mehr als die Hälfte, nämlich 83 auf Hausanschlussleitungen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass alle Hausanschlüsse zusammen ca. 20% des Rohrleitungsbestandes ausmachen, ist die Rohrbruchhäufigkeit auf Hausanschlussleitungen 4,2-mal so hoch wie auf Versorgungsleitungen.

Es ist deshalb auch weiterhin wichtig, bei allen Grundstückseigentümern dafür zu werben, dass bei der Erneuerung der Versorgungsleitungen gleichzeitig die verschlissenen Hausanschlüsse über den öffentlichen Bereich hinaus auch auf dem privaten Grundstück mit ausgetauscht werden.

Die durchgeführten Investitionen der letzten beiden Jahrzehnte führten spürbar zur Verminderung der Aufwendungen für Instandhaltung und Wartung des Rohrnetzes und der Pump- und Wasserwerke.

Beispielsweise wird heute der gesamte Zinsaufwand, bei seit 1995 unveränderten Wasserentgelten, aus Einsparungen beim Betrieb der Anlagen und der Rohrnetze finanziert.

II. Aufwendungen

Die Planposition „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“ in Höhe von 2.416,6 T€ wurde um 27,9 T€ bzw. 1,1% unterschritten. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem geringeren Bezugspreis für Kraftstoffe sowie einem niedrigeren Fremdbezug von Trinkwasser von benachbarten Wasserversorgungsunternehmen.

Die „Aufwendungen für bezogene Leistungen“ haben sich um 113,3 T€ von ursprünglich 1.098,6 T€ auf 1.211,9 T€ bzw. 10,4% erhöht. Die wesentlichen Mehraufwendungen resultieren aus den Positionen „übrige Instandhaltungsleistungen“ in Höhe von 65,6 T€. Aufgrund des sich Ende des III. Quartals 2013 abzeichnenden Mehrverkaufs von Trinkwasser gegenüber den Planungsannahmen wurden einige Instandhaltungsarbeiten aus Folgejahren vorgezogen.

Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit der Einführung des europäischen Zahlungssystems SEPA mehr Fremdleistungen Dritter zur Anpassung der EDV-Systeme beansprucht.

Der Fremdbezug von Leistungen zur Instandsetzung des Rohrnetzes bzw. zur Rohrschadensbeseitigung fiel dem gegenüber um 17,2 T€ niedriger aus als ursprünglich geplant wurde.

Der Personalaufwand im Jahr 2013 betrug 3.842,9 T€. Er lag damit 105,7 T€ bzw. 2,7% unter dem Planungsansatz. Der geringere Personalaufwand ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Sozialabgaben, insbesondere die Abgaben für Berufsgenossenschaft, als auch der sonstige Personalaufwand niedriger als geplant ausfielen.

Der Aufwand für Kreditzinsen aus Darlehensverträgen wurde aufgrund der weiterhin günstigen Zinsentwicklung im Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftskrise mit 1.744,4 T€ (i.Vj. 1.803,0 T€) um 97,7 T€ bzw. 5,3% gegenüber dem Planungsansatz unterschritten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Jahr 2013 707,2 T€ und lagen somit um 12,9 T€ bzw. 1,8% leicht über dem Planungsansatz.

Die geplanten Abschreibungen in Höhe von 3.573,3 T€ wurden um 10,9 T€ bzw. 0,3% überschritten und betrugen 3.584,2 T€.

Durch das Juni-Hochwasser 2013 wurden auch Anlagen der Gesellschaft beschädigt bzw. zerstört. In diesem Zusammenhang sind dem Unternehmen im Wesentlichen außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 122,6 T€ entstanden.

Diese beinhalten sowohl Reparaturkosten, als auch außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 76,8 T€ für Anlagen, welche noch vor dem Ende ihrer betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer zerstört wurden. Gemindert werden die außerordentlichen Aufwendungen durch Versicherungserstattungen, welche als außerordentliche Erträge in Höhe von 5,3 T€ erfasst wurden.

Für die nicht versicherbaren aber zu ersetzenden Anlagen wurden Fördermittel beantragt und in Höhe von 514 T€ bereits bewilligt. Diese werden aufgrund des Baufortschrittes im Wirtschaftsjahr 2014 zur Auszahlung gelangen und können erst zu diesem Zeitpunkt bilanziert werden. Bis zur Auszahlung der Fördermittel werden die Baukosten durch die Gesellschaft zwischenfinanziert.

Die Steuerbelastung aus Gewerbebeertragsteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag erhöht sich von geplanten 68,7 T€ um 126,0 T€ auf 194,7 T€ bzw. auf 283%. Ursache hierfür ist das stark verbesserte Jahresergebnisses vor Steuern, welches von ursprünglich geplanten 68,7 T€ um 391,0 T€ auf 459,7 T€ gesteigert werden konnte.

III. Einnahmen

Im Jahr 2013 sind 3.587,6 Tm³ Trinkwasser an Endkunden verkauft worden. Der Trinkwasserabsatz liegt mit 124,4 Tm³ bzw. 3,6% über dem Planungsansatz von August 2012. Für die Planung des Trinkwasserabsatzes im Jahr 2013 wurden die im Jahresabschluss 2011 ermittelten Mengen, vermindert um 0,5%, zugrunde gelegt.

Die Mehreinnahmen aus dem höheren Trinkwasserabsatz sind ein wesentlicher Bestandteil der Ergebnisverbesserung im Wirtschaftsjahr 2013.

Der weiteren Entwicklung bzw. Abschätzung des Absatzes muss künftig große Aufmerksamkeit beigemessen werden, zumal dann, wenn die Hochrechnung aufgrund eines guten Sommers Werte für das Folge- bzw. Planungsjahr ausweist, die bei einem durchaus nicht auszuschließendem verregneten Sommer zu hoch sind. Gleiches gilt natürlich für den umgekehrten Fall.

Trotz der letzten beiden guten Jahre wird insgesamt eingeschätzt, dass der Absatz von Trinkwasser mittelfristig stagniert bzw. leicht rückläufig ist.

Den Zinsaufwendungen stehen wegen der guten Liquiditätslage der Gesellschaft Zinserträge in Höhe von 137,0 T€ gegenüber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 118,2 T€ um 51,8 T€ unter dem Planungsansatz in Höhe von 170,0 T€. Ursächlich hierfür ist eine deutlich niedrigere Auflösung der vorgenommenen Rückstellungen, aufgrund einer präzisierten Prognose des Rückstellungsbedarfes.

IV. Ergebnis und Fazit

Die gesamten Aufwendungen inklusive Steuer beliefen sich im Wirtschaftsjahr 2013 auf 13.876,1 T€. Sie fallen damit um 185,8 T€ bzw. 1,3% höher aus, als in der Planung mit 13.690,3 T€ ursprünglich vorgesehen war. Den Gesamtaufwendungen stehen Erlöse in Höhe von 14.141,2 T€ gegenüber, dies sind 450,9 T€ bzw. 3,3% mehr als geplant worden ist.

Die Mehrerlöse setzen sich im Wesentlichen aus einem erhöhten Trinkwasserabsatz und den verminderten Zinszahlungen zusammen.

Das geplante ausgeglichene handelsrechtliche Jahresergebnis (0 T€) ist mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 265,1 T€ übertroffen worden. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Liquidität der Gesellschaft kann über die letzten Jahre hinweg als gut eingeschätzt werden. Ursächlich sind Überschüsse der Vorjahre aufgrund geringerer Aufwendungen auf der einen und nicht geplanter Mehreinnahmen auf der anderen Seite. In den Folgejahren sollen diese mit geplanten Verlusten bei gleichbleibender Höhe der Wasserentgelte ausgeglichen werden.

Der leichte Rückgang der Liquidität ist im Wesentlichen auf Kostensteigerungen (Inflation) bei bisher bzw. seit 1995 gleichbleibenden Wasserentgelten zurückzuführen.

Trotz der stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann die Gesellschaft kalkulatorische Kosten aufgrund der derzeitigen Höhe der Wasserentgelte nicht erwirtschaften. Beispielsweise sind kalkulatorische Zinsen und/oder eine Eigenkapitalverzinsung seit 1994 kein Bestandteil der Wasserentgeltkalkulation.

Die im Vergleich mit anderen Wasserversorgungsunternehmen immer noch hohen Wasserentgelte, selbst beim bewussten Verzicht auf die Berücksichtigung kalkulatorischer Kostenbestandteile, konnte die Sächsische Kartellbehörde nicht abhalten, im Jahr 2010 Vorermittlungen wegen missbräuchlich überhöhter Trinkwasserentgelte einzuleiten.

Das Verfahren wurde nach Prüfung und Bewertung der eingereichten Unterlagen im Mai 2011 eingestellt. Handlungsspielräume künftig kalkulatorische Kosten in die Kalkulation der Wasserentgelte einfließen zu lassen, wurden seitens der Kartellbehörde definitiv nicht eröffnet.

Die wirtschaftlichen Kennzahlen des für das Jahr 2013 aufzustellenden Beteiligungsberichtes können dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 entnommen werden.

V. Schuldenstand und Investitionstätigkeit

Im Berichtsjahr hat der Zugang zum Anlagevermögen insgesamt 4.684,3 T€ (i.Vj. 4.265,5 T€) betragen.

Die Kreditverbindlichkeiten bzw. die Restschuld der Gesellschaft aus ihrer Investitionstätigkeit seit 1990 belaufen sich unter Berücksichtigung der im Wirtschaftsjahr 2013 aufgenommenen Darlehen in Höhe von 3.560,7 T€ und gleichzeitiger Tilgung in Höhe von 2.919,0 T€ zum Stichtag am 31. Dezember 2013 auf 57.981,7 T€ (i.Vj. 57.340,0 T€). Darin enthalten sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 128,0 T€. Der Zuwachs der Restverschuldung beträgt 1,1%.

Dem Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2013 in Höhe von 4.684,3 T€ steht ein Zuwachs der Restverschuldung von 641,7 T€ bei insgesamt niedrigeren Zinsaufwendungen als 2012 gegenüber. Bei 98.889 versorgten Einwohnern (i.Vj. 98.889 EW) beträgt die Verschuldung am Ende des Jahres 2013 586 € pro Einwohner und damit 6 € mehr als im Vorjahr.

Die nominale Restverschuldung wird unter Berücksichtigung der mehrfach extern begutachteten und vom Aufsichtsrat gebilligten langfristigen Investitionsstrategie ihren Höhepunkt mit 62.142 T€ im Jahr 2025 erreichen und in den Folgejahren leicht absinken. Bis zum Jahr 2025 sind es 12 Jahre und der geplante Zuwachs der nominalen Restverschuldung beträgt in diesem Zeitraum insgesamt 4.160 T€. Damit steigt die Pro-Kopfverschuldung von 586 € im Wirtschaftsjahr 2013 um weiter 42 € auf 628 € im Jahr 2025.

Die dafür notwendige Fremdmittelaufnahme bewirkt über diesen langen Zeitraum bei einem Darlehen mit einer angenommenen Annuität von 5% und einem Jahresabsatz (2025) von vorsichtigen 3.400 Tm³ zusätzliche Zinsaufwendungen von 6 Cent pro Kubikmeter.

Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund muss trotz einiger weniger kritischen Stimmen an der langfristigen Investitionsstrategie, die allein dem dauernden Erhalt der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur dient und einem Substanzverzehr wirksam entgegentritt, festgehalten werden.

Die der Kommunalaufsicht eingereichten Bürgschaften des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe für Darlehensaufnahmen zur Finanzierung der Investitionstätigkeit der Gesellschaft wurden ohne Auflagen genehmigt.

Aufgrund der historischen Niedrigzinsphase und der weiterhin bestehenden Unsicherheiten zur kurz- und mittelfristigen Entwicklung der Zinsen sind vor Ablauf der Zinsbin-

dungsfrist für planmäßige Umschuldungen im Jahr 2014 bereits 2013 nach Beschlussfassung im Aufsichtsrat und einer zuvor erfolgten Markterkundung mit den betroffenen Banken neue Zinssätze mit sehr langen Zinsbindungsfristen vereinbart worden. Hierzu waren keine erneuten Bürgschaften des Verbandes notwendig.

VI. Organisation und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte zum 31. Dezember 2013 insgesamt 72 Arbeitnehmer, mithin einen Mitarbeiter mehr als im Stellenplan für 2013 ausgewiesen worden ist. Darüber hinaus absolvieren 2 Azubi ihre Ausbildung im Unternehmen.

Zur Vertretung einer Mitarbeiterin (Elternzeit) wurde eine Arbeitnehmerin zusätzlich zum Stellenplan befristet eingestellt.

Aufgrund des einvernehmlichen Ausscheidens einer anderen Arbeitnehmerin zum 31. März 2014 wurde die befristete Beschäftigung der vorbenannten Arbeitnehmerin aufgehoben.

Zudem erhielt ein Auszubildender ersatzweise für einen bereits 2012 aus Altersgründen ausgeschiedenen Mitarbeiter im Wasserwerk Altenberg einen Arbeitsvertrag.

Grundlegende Änderungen an der Organisationsstruktur des Unternehmens wurden nicht vorgenommen und sind auch mittelfristig nicht geplant.

Kapazitätsengpässe im Tiefbaubereich werden u. a. durch den Bezug von Fremdleistungen ausgeglichen.

VII. Künftige Entwicklung und Risiken

Wie bereits in den vergangenen Jahren regelmäßig angesprochen, sind auch weiterhin der prognostizierte Bevölkerungsrückgang und die damit einhergehende geringere durchschnittliche Auslastung der Anlagen sowohl ein technisches als auch wirtschaftliches Problem, vor dem man die Augen nicht verschließen darf.

Andererseits ist es eine unbestrittene Tatsache, dass aufgrund des Klimawandels und längerer Trockenperioden die Abnahmespitzen (max. Auslastung der Anlagen), wie beispielsweise im Jahrhundertsommer 2003 beobachtet, weiter zunehmen werden.

Hier gilt es abzuwarten, ob und inwieweit die Prognosen auch tatsächlich Wirklichkeit werden. Es zeichnet sich jedoch schon heute ab, dass der Bevölkerungsrückgang oberhalb von Dippoldiswalde größer ausfällt als im Speckgürtel der Landeshauptstadt Dresden. Dort, wo die Auswirkungen der demographischen Entwicklung am größten sind, wurden nach 1990 nicht alle Ortsteile an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen.

Zudem spielt hier die Substitution von Trinkwasser durch Regen- oder Brunnenwasser eine größere Rolle als anderswo. Beide Faktoren lassen erwarten, dass sich der Bevölkerungsrückgang nicht eins zu eins auf den Trinkwasserbedarf auswirkt. Insoweit plant die Gesellschaft mittel- und langfristig auch weiterhin mit einem Verbrauchsrückgang zwischen 0,25% und 0,5% pro Jahr.

Das Bereitstellungsentgelt wird seit 2012 für 828 Grundstücke erhoben. 98% der betroffenen Anschlussnehmer kommen ihren Zahlungsverpflichtungen nach.

Dort, wo zwischen den abgeforderten Angaben und der tatsächlichen Wasserabnahme Widersprüche auftreten, wird die Gesellschaft vermehrt Kontrollen der Kundenanlagen vornehmen. Dies kann jedoch bei der vorhandenen Personaldecke nur nach und nach bzw. schrittweise erfolgen.

Sollte das Bereitstellungsentgelt letztendlich wider Erwarten vor Gericht scheitern, muss schneller als bisher vorgesehen über die Einführung eines anderen alternativen Tarifmodells, welches die erheblichen Kosten aus der permanenten Vorhaltung der Dienstleistung Wasserversorgung besser als bisher abbildet und damit eine Gerechtigkeitslücke schließen soll, beraten und entschieden werden.

In der Branche hat sich in der letzten Zeit trotz des vehementen Widerstandes der Wohnungswirtschaft vermehrt ein Grundpreis pro Wohnung durchgesetzt. Seine gerichtliche Überprüfung hat in mehreren Entscheidungen zu keinen Beanstandungen geführt.

Abschließend ist festzustellen, dass die Ursache vieler Niedrigverbräuche u.a. auch im Auspendeln von Arbeitnehmern, älteren Mitbürgern und Zweitwohnsitzen zu suchen ist.

Die Gesellschaft hat sich, wie viele andere Wasserversorgungsunternehmen, als Voraussetzung für die Fortführung der Inanspruchnahme der Stromsteuerentlastung (z.Z. 55 T€) zur Einführung eines zertifizierten Energiemanagementsystems entschieden. An der Umsetzung wird sehr intensiv gearbeitet.

VIII. Sonstige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014, einschließlich des beigefügten Wirtschaftsplanes der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, ist in der 43. Verbandsversammlung am 12. Dezember 2013 beschlossen worden. Damit sind alle Voraussetzungen für einen guten Start in das Jahr 2014 gegeben.

Für das Jahr 2014 wird bei Umsatzerlösen in Höhe von EUR 13,0 Mio. ein Jahresverlust von TEUR 157 erwartet.

4. Impressum

Herausgeber : Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Verfasser : Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH
Dresdner Straße 301
01705 Freital

Telefon: 0351 648040, Telefax: 0351 6480455

E-Mail : info@wwwgmbh.de, Internet : www.wwwgmbh.de

Geschäftsführer, Herr Kukuczka

(14Beteiligungsbericht_2013_OB.doc/Plan 2014)

Ergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./ Spalte 2)
		1	2	3	4	5
EUR						
1	Steuern und ähnliche Abgaben					
	darunter: Grundsteuern A und B					
	Gewerbesteuer					
	Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer					
2	+ Zuwendungen und Umlagen nach Arten sowie aufgelöste Sonderposten					
	darunter: allgemeine Schlüsselzuweisungen					
	sonstige allgemeine Zuweisungen					
	allgemeine Umlagen aufgelöste Sonderposten					
3	+ sonstige Transfererträge					
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte					
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
7	+ Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen und ähnliche Erträge)		22.335,00		22.623,54	288,54
8	+/- aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen					
9	+ sonstige ordentliche Erträge					
10	= ordentliche Erträge (Nummer 1 bis 9)		22.335,00		22.623,54	288,54
11	Personalaufwendungen					
	darunter: Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen					
	Zuführungen zu Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit					
12	+ Versorgungsaufwendungen					
	darunter: Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen für Versorgungsempfänger					
13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
14	+ planmäßige Abschreibungen					
15	+ Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Kapitalertragsteuer)		3.535,00		3.579,65	44,65
16	+ Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen					
17	+ sonstige ordentliche Aufwendungen		18.800,00		19.043,89	243,89
18	= ordentliche Aufwendungen (Nummer 11 bis 17)		22.335,00		22.623,54	288,54
19	= ordentliches Ergebnis (Nummer 10 ./ Nummer 18)		0,00		0,00	0,00
20	außerordentliche Erträge		0,00		0,00	0,00
21	außerordentliche Aufwendungen		0,00		0,00	0,00
22	= Sonderergebnis (Nummer 20 ./ Nummer 21)		0,00		0,00	0,00

23	= Gesamtergebnis (Nummer 19 + 22)		0,00		0,00	0,00
24	veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 20 SächsKomHVO-Doppik		0,00		0,00	0,00
25	Betrag, der durch das ordentliche Ergebnis und aus Überschüssen des Sonderergebnisses gedeckt wird		0,00		0,00	0,00
26	= verbleibendes Gesamtergebnis (Nummer 23 ./ Nummer 25)		0,00		0,00	0,00
27	= nicht gedeckter Fehlbetrag aus Vorjahren, der auf Folgejahre vorzutragen ist		0,00		0,00	0,00

Ergebnisrechnung

nachrichtlich: **Verwendung des Jahresergebnisses**

1	Überschuss des ordentlichen Ergebnisses, der in die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses eingestellt wird	0,00
2	Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses, der mit der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses verrechnet wird	0,00
3	Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses, der mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses verrechnet wird	0,00
4	Überschuss des Sonderergebnisses, der in die Rücklage des Sonderergebnisses eingestellt oder zur Deckung von vorgetragenen Fehlbeträgen des Sonderergebnisses	0,00
5	Fehlbetrag des Sonderergebnisses, der mit der Rücklage des Sonderergebnisses verrechnet wird	0,00
6	Fehlbetrag, der nach § 25 Abs. 3 Satz 2 SächsKomHVO-Doppik zu veranschlagen und auf das ordentliche Ergebnis der Folgejahre vorzutragen ist	0,00
7	Fehlbetrag des Sonderergebnisses, der auf Folgejahre vorgetragen wird	0,00
8	Verrechnung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren mit dem Basiskapital	0,00
9	Verrechnung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses mit dem Basiskapital	0,00

Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./ Spalte 2)
		EUR				
		1	2	3	4	5
1	Steuern und ähnliche Abgaben					
	darunter: Grundsteuern A und B					
	Gewerbsteuer					
	Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer					
	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer					
2	+ Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit					
	darunter: allgemeine Schlüsselzuweisungen					
	sonstige allgemeine Zuweisungen allgemeine Umlagen					
3	+ sonstige Transfereinzahlungen					
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, ausgenommen Investitionsbeiträge					
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
7	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
8	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nummern 1 bis 8)		0,00		0,00	0,00
10	Personalauszahlungen					
11	+ Versorgungsauszahlungen					
12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen					
13	+ Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
14	+ Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
15	+ sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nummern 10 bis 15)		0,00		0,00	0,00
17	= Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als		0,00		0,00	0,00
18	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					
19	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit					
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen					
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Vermögensgegenständen					
22	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen					
23	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen und von Wertpapieren des Umlaufvermögens					
24	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit					
25	= Einzahlungen für Investitionstätigkeit (Nummern 18 bis 24)		0,00		0,00	0,00
26	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen					
27	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Vermögensgegenständen					
28	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen					
29	+ Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen					

30	+	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen und von Wertpapieren des Umlaufvermögens					
31	+	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen					
32	+	Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit					
33	=	Auszahlungen für Investitionstätigkeit (Nummern 26 bis 32) nachrichtlich: Auszahlungen für den Tilgungsanteil der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, die nicht in Position 37 enthalten sind			0,00		0,00
34	=	Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit (Nummer 25 ./ Nummer 33)			0,00		0,00
35	=	veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Nummern 17 + 34)			0,00		0,00

Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres		Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 3 ./ Spalte 2)
		EUR				
		1	2	3	4	5
36		Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen				
37	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen				
38	=	Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit (Nummer 36 ./ Nummer 37)		0,00		0,00
39	=	Änderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr (Nummern 35 + 38)		0,00		0,00
40		Einzahlungen aus der Rückzahlung von Geldanlagen, aus Darlehensrückflüssen und aus Liquiditätskrediten darunter: Einzahlungen aus Liquiditätskrediten				
41	-	Auszahlungen für Geldanlagen, für die Gewährung von Darlehen und für die Tilgung von Liquiditätskrediten darunter: Auszahlungen für die Tilgung von Liquiditätskrediten				
42		Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern			0,00	
43	-	Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern			0,00	
44	=	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen [(Nummern 40 + 42) ./ (Nummern 41 + 43)]			0,00	
45		Anfangsbestand an Zahlungsmitteln (ohne Liquiditätskredite und Kontokorrentverbindlichkeiten)		0,00		0,00
46	=	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Nummer 39 + 44 + 45)		0,00		0,00

Einzahlungen und Auszahlungen dürfen nicht miteinander verrechnet werden!

Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktivseite	Haushaltsjahr	Vorjahr	Passivseite	Haushaltsjahr	Vorjahr
	in EUR			in EUR	
1. Anlagevermögen			1. Kapitalposition		
a) Immaterielle Vermögensgegenstände			a) Basiskapital	16.891.832,80	0,00
b) Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen			b) Rücklagen		
c) Sachanlagevermögen			aa) Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		
aa) Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen			bb) Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses		
bb) Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen			cc) Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen		
cc) Infrastrukturvermögen			dd) Zweckgebundene und sonstige Rücklagen		
dd) Bauten auf fremdem Grund und Boden			c) Fehlbeträge		
ee) Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler			aa) Vortrag von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus den Vorjahren		
ff) Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge			bb) Fehlbetrag des Sonderergebnisses und Vortrag von Fehlbeträgen des		
gg) Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere			Sonderergebnisses aus den Vorjahren		
hh) Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			cc) Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses		
d) Finanzanlagevermögen			2. Sonderposten		
aa) Anteile an verbundenen Unternehmen	16.891.823,80	0,00	a) Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen		
bb) Beteiligungen			b) Sonderposten für Investitionsbeiträge		
cc) Sondervermögen			c) Sonderposten für den Gebührenaussgleich		
dd) Ausleihungen			d) Sonstige Sonderposten		
ee) Wertpapiere			3. Rückstellungen		
2. Umlaufvermögen			a) Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen		
a) Vorräte			b) Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im		
b) Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen			Rahmen von Altersteilzeit		
c) Privatrechtliche Forderungen, Wertpapiere des Umlaufvermögens	22.623,54		c) Rückstellungen für Reaktivierung und Nachsorge von Deponien		
d) Liquide Mittel			d) Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten und sonstige Umweltschutzmaßnahmen		
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			e) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus steuerkraftabhängigen Umlagen im		
4. Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag			Rahmen des Finanzausgleichs		
			f) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aufgrund von		
			Steuerschuldverhältnissen		
			g) Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und		
			Verwaltungsverfahren sowie aus Bürgschaften, Gewährverträgen und wirtschaftlich		
			h) Rückstellungen für unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung im Haushaltsjahr		
			i) Rückstellungen für sonstige vertragliche oder gesetzliche Verpflichtungen zur		
			Gegenleistung gegenüber Dritten, die im laufenden Haushaltsjahr wirtschaftlich		
			begründet wurden und die der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind		
			j) Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und aus laufenden		
			k) sonstige Rückstellungen		
			4. Verbindlichkeiten		
			a) Verbindlichkeiten in Form von Anleihen		
			b) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
			c) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommenden		
			Rechtsgeschäften		
			d) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
			e) Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		
			f) Sonstige Verbindlichkeiten	22.623,54	
			5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe Aktiva	16.914.447,34	0,00	Summe Passiva	16.914.456,34	0,00

Die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (insbesondere Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, Bürgschaften, Gewährverträge und in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen sowie übertragene Ansätze für Auszahlungen und

Anlagenübersicht

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 1. Januar des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dezember des Haushaltsjahres	Stand am 1. Januar des Haushaltsjahres	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen ¹⁾	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dezember des Haushaltsjahres	Stand am 1. Januar des Haushaltsjahres	am 31. Dezember des Haushaltsjahres
	EUR											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände												
1.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen												
1.3 Sachanlagevermögen												
1.3.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen												
1.3.1.1 Grünflächen												
1.3.1.2 Ackerland												
1.3.1.3 Wald und Forsten												
1.3.1.4 Schutz- und Ausgleichsflächen												
1.3.1.5 Gewässer												
1.3.1.6 Sonstige unbebaute Grundstücke												
1.3.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen												
1.3.2.1 Wohnbauten												
1.3.2.2 Soziale Einrichtungen												
1.3.2.3 Schulen												
1.3.2.4 Kulturanlagen												
1.3.2.5 Sportanlagen												
1.3.2.6 Gartenanlagen												
1.3.2.7 Verwaltungsgebäude												
1.3.2.8 Sonstige Gebäude												
1.3.3 Infrastrukturvermögen einschließlich Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
1.3.3.1 Brücken, Tunnel und ingenieurtechnische Anlagen												
1.3.3.2 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen												
1.3.3.3 Stromversorgungsanlagen												
1.3.3.4 Gasversorgungsanlagen												
1.3.3.5 Wasserversorgungsanlagen												
1.3.3.6 Abfallbeseitigungsanlagen												
1.3.3.7 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen												
1.3.3.8 Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen												
1.3.3.9 Sonstiges Infrastrukturvermögen												
1.3.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden												
1.3.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler												
1.3.6 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge												
1.3.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere												
1.3.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau												
1.4 Finanzanlagevermögen												
1.4.1 Anteile an verbundenen Unternehmen												
1.4.2 Beteiligungen	16.640.072,38	265.090,58	13.330,16	0,00	16.891.832,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.640.072,38	16.891.832,80
1.4.3 Sondervermögen												
1.4.4 Ausleihungen												
1.4.5 Wertpapiere												

¹⁾ Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Anlage Beteiligungsbericht 2013

Ermittlung des Ansatz des Beteiligungswertes der Verbandsmitglieder

Jahresabschluss 2013 Bilanz a) Baisiskapital : **16.891.832,80 €**

Information zur Stimmenverteilung und dem Verteilerschlüssel der Vertreter zur
Verbandsversammlung gemäß § 4, Absatz 1 und 2 der Verbandssatzung

Grundlage : § 125 SächsGemO => " ist die vom Statistischen Landesamt zum 30.
Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl maßgebend"

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Bevölkerung im
Weißeritzkreis am 30.06.2012 nach Gemeinden

lfd. Nr.	Stadt / Gemeinde	Ein- wohner	Stimmen- zahl	Vertreter	Anteil ¹⁾ Stimmen in %	Anteil in €
1	Altenberg	8.497	9	5	8,333333%	1.407.652,73 €
2	Bannewitz	10.645	11	5	10,18519%	1.720.464,45 €
3	Dippoldiswalde	10.157	11	5	10,18519%	1.720.464,45 €
4	Dorfhain	1.133	2	2	1,85185%	312.811,72 €
5	Freital	39.447	40	7	37,03704%	6.256.234,37 €
6	Glashütte	7.012	8	5	7,40741%	1.251.246,87 €
7	Klingenberg	6.987	7	3	6,48148%	1.094.841,01 €
8	Kreischa für die Ortsteile Sobrigau und Bärenklause- Kautzsch *	801	1	1	0,92593%	156.405,86 €
9	Wilsdruff für die Ortsteile Mohorn, Grund und Herzogs- walde *	2.059	3	2	2,77778%	469.217,58 €
10	Rabenau	4.425	5	3	4,62963%	782.029,30 €
11	Schmiedeberg	4.445	5	3	4,62963%	782.029,30 €
12	Tharandt	5.420	6	3	5,55556%	938.435,16 €
	2013 Summe :	101.028	108	44	100,00000%	16.891.832,80 €

1) ermittelte Prozentwerte wurden nicht gerundet